

Der Handelsgärtner

Bezugspreis

bei direktem Bezug vom Verlag:
für Deutschland M. 7.—, für das
Ausland M. 12.—, durch die Post
oder den Buchhandel M. 24.—
pro Kalenderjahr.
Ausgabe z. Zt. 14tägig (Freitags).

Handelszeitung für den deutschen Gartenbau

Anzeigen

40 Pfennig für die fünf-
gespaltene Nonpareille-Zeile,
auf dem Umschlag 50 Pfennig,
im Reklameteil M. 1.50 für die
zweigespaltene 105 mm breite
Pefit-Zeile.
Teuerungszuschlag 50%

Verlag: Thalacker & Schwarz, Leipzig-R., Comeniusstr. 17.

Beachtenswerte Artikel in vorliegender Nummer:

Hoffnungen für das neue Jahr! — Neues Leben im Reichsverband für den deutschen Gartenbau. — Warum müssen die Gemüsegärtner Genossenschaften bilden? — Praxis und Wissenschaft: Die Kultur der Gattung *Eremurus*. — *Gynura aurantiaca*. — *Illicium anisatum*. — Noch einmal die „Brandfleckenkrankheit“ der Himbeeren. — Die Saatbohnenpreise und die künftigen Preise für die grünen Bohnen — Vereine und Versammlungen. — Handelsnachrichten. — Geschäftsnachrichten. — Bücherschau.

Hoffnungen für das neue Jahr!

Wir treten in das neue Jahr mit schwerem Herzen hinein, denn noch immer ist das Dunkel, das uns im verfloffenen Jahre umfungen hat, nicht gelichtet, noch immer schauen wir fragend in eine ungewisse Zukunft. Wir haben das verfloffene Jahr unter den Nachwehen der Revolution gelitten, und niemand weiß, wie sich das politische Leben und das Wirtschaftsleben entwickeln werden.

Das hinter uns liegende Jahr stand unter der Signatur der Streikbewegungen. In den Großbetrieben wie in der Werkstatt brachen Lohnkämpfe aus und die Arbeitnehmer stellten Forderungen an das Unternehmertum, die oft unerfüllbar waren. Sie trugen die Kämpfe in die Gruben, in das Verkehrswesen hinüber, und die Folge war jene verhängnisvolle Kohlennot, unter der Industrie und Gewerbetreibende und unser Gartenbau schwer zu leiden hatten und noch heute leiden. Die Tarifbewegungen ergriffen alle Schichten des werktätigen Volkes, und die Interessen wurden nicht wirtschaftlich gegeneinander abgewogen, sondern die Forderungen der Arbeitnehmer in Industrie, Handel und Handwerk wurden rücksichtslos durchgedrückt. Auch in der Gärtnerei setzte die Tarifbewegung ein und die Verhandlungen führten zu Tarifabkommen, die wir im „Handelsgärtner“ jeweilig veröffentlicht haben. Sie haben aber auch in unserem Fache nicht immer der Billigkeit Rechnung getragen und bürden den Handelsgärtnern Opfer auf, die nicht jeder Betrieb ohne Nachteile ertragen kann. Das war aber um so gefährlicher, als auch sonst die Lage der Gärtnerei infolge der bis vor kurzem währenden Einfuhrerschwerungen aus dem Ausland, namentlich in Sämereien, der sich beständig steigenden Kohlennot eine ungünstige blieb. Das Anziehen der Preise für die Erzeugung hatte auch eine Steigerung der Verkaufspreise zur Folge, und da konnte es nicht ausbleiben, daß der Blumen- und Pflanzenkonsum zurückging. In der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung wurde eine ungesetzliche Regelung vorgenommen und dadurch auch der nichtgewerbsmäßige Gartenbau in bestimmte Bahnen gewiesen, wobei dem Bodenwucher entgegengetreten wurde. Da diese privaten Kleingärten ihren Bedarf von den Handelsgärtnern ziehen, war gegen die Juli-Verordnung unsererseits nichts einzuwenden. Die Verordnungen über Beschaffung und Preisbemessung von Düngemitteln, sowie über die Sicherstellung von Saatkartoffeln kamen auch der Gärtnerei zu Nutzen, obwohl es an Uebertreibungen derselben nicht gefehlt hat. Das Verbot der Ausfuhr von Obstbäumen, Sträuchern, Beerenobststräuchern und Stämmen, Obstwildlingen und Obststecklingen beschränkte zwar den Export in diesen Erzeugnissen, war aber eine notwendige Maßnahme, um das Ausland nicht durch die Ausfuhr von diesen Artikeln zu entblößen. Allmählich hat im vorigen Jahre die Zwangswirtschaft einen

Abbau erfahren und die Höchstpreispolitik, unter deren vielen Fehlschlägen auch der Gartenbau zu leiden hatte, wurde mehr und mehr eingedämmt. Eine Rückbildung der Preise aber hat noch nicht stattfinden können, da die Voraussetzungen zu einer solchen fehlen. Wir werden also auch 1920 mit hohen und höchsten Preisen zu rechnen haben, so lange die allgemeine Teuerung anhält. Landwirtschaft und Gartenbau litten noch am Ausgang des alten Jahres schwer unter dem unzulänglichen Verkehrswesen, der mangelnden Bereitstellung von Güterwagen und der schließlich periodisch eintretenden totalen Verkehrssperre. Hoffen wir, daß uns das neue Jahr endlich eine Besserung der Verkehrsverhältnisse bringt. Im übrigen teilte die Gärtnerei des Reiches Leid und Not mit allen übrigen Berufungen unseres Erwerbslebens. Die Gesetzgebung nahm sich durch die Verordnung über Einstellung und Entlassung der Arbeiter und Angestellten der letzteren an, ohne nach den Schwierigkeiten zu fragen, die nur allzuoft durch die gesetzlichen Maßnahmen den Arbeitgebern bereitet wurden. Der Mangel an Rohstoffen und die damit verbundene Verteuerung derselben, die Preissteigerung der für die Lebenshaltung notwendigen Güter, Schleichhandel und Schiebertum, Wucher und andre Straftaten mehr standen der Aufwärtsentwicklung unseres geschäftlichen Lebens hemmend entgegen und ließen uns nicht in die Bahnen ruhiger, zielbewußter Arbeit einlenken.

Dazu kam die Unsicherheit des politischen Lebens. Noch ist der normale Frieden nicht abgeschlossen, wenn auch tatsächlich durch den Waffenstillstand der Kriegszustand ein Ende gefunden hat. Aber unsere Feinde, abgesehen von den Amerikanern, die sich von dem Erdrosselungsfrieden abzuwenden scheinen, legen uns immer neue und schwerere Bedingungen auf, um unser wirtschaftliches Leben für immer zu vernichten. Möchte man doch am liebsten auch unsere großen Häfen verkehrsuntätig machen oder sie unter die Botmäßigkeit feindlicher Gewalten bringen. Und was die Feinde nicht besorgen, das besorgen wir selbst. Das vergangene Jahr war das Jahr der großen Abgaben- und Steuerexperimente, unter deren Zeichen wir in das neue Jahr hineingetreten sind. Bestürzung und allseitige Verurteilung haben die Steuerprojekte der Reichsregierung hervorgerufen. Noch in den letzten Tagen des Jahres hat man das große Reichsnotopfer unter Dach und Fach gebracht, ein Opfer, das alle anderen, die wir bisher bringen mußten, bei weitem übersteigen wird. Gerade in einer Zeit, wo man des Betriebskapitals dringend bedarf und schon die Kriegsabgaben 1918 und 1919, sowie das Kapitalsteuergesetz in die Sphäre der Gewerbetreibenden schädigend eingreifen werden, wird eine Abgabe gezeitigt, die allerdings als „Notopfer“ gelten kann, weil sie die von ihr Betroffenen größtenteils in Not stürzen wird. Wenn das Opfer auch auf dreißig Jahre verteilt werden kann und die ganz kleinen Vermögen von 5000 Mark freigelassen werden, so ist doch die Abgabe immerhin hoch genug geblieben, denn sie beträgt für die ersten 50 000 Mark 10 vH, für die nächsten 50 000 Mark 12 vH, für die nächsten 100 000 Mark 15 vH, für die nächsten 200 000 Mark 20 vH, und steigt so weiter,